

## DUALE SYSTEME LANDBELL, VEOLIA UND ZENTEK KÜNDIGEN AKTUELLE CLEARINGVERTRÄGE UND FORDERN RECHTSSICHERHEIT FÜR IHRE KUNDEN IN FORM EINER GEMEINSAMEN LÖSUNG ALLER ZEHN SYSTEMBETREIBER

---

Mainz/Hamburg/Köln, 31.08.2017.

Die Verhandlungen zu den Clearingverträgen der dualen Systeme sind vorerst gescheitert. Nach intensiven Diskussionen zwischen den Systembetreibern konnte keine Einigung auf einen Clearingvertrag erzielt werden. Landbell, Veolia und Zentek sehen sich gezwungen, die bestehenden Clearingverträge heute fristgerecht zum Jahresende zu kündigen, um dadurch weiterhin eine gemeinsame Lösung aller Systeme zu forcieren.

Die bestehenden Clearingverträge enthalten nach wie vor Lücken, die sich in einer nicht nachvollziehbaren Abweichung bei den Mengenmeldungen niedergeschlagen hat.

Daher haben Landbell, Veolia und Zentek Vorschläge zur Ergänzung der bestehenden Clearingverträge erarbeitet. Der von DSD, Interseroh und BellandVision im Alleingang eingebrachte Vertrag bedurfte ebenfalls weiterer Optimierungen und erfordert die Freistellung durch das Bundeskartellamt.

Landbell, Veolia und Zentek haben alle in den letzten Wochen verhandelten Vertragsvarianten mit dem Ziel einer gemeinsamen Lösung proaktiv vorangetrieben.

Klaus Kussel, Geschäftsführer der Firma Zentek GmbH & Co. KG betont: *„Ein Clearing der Entsorgungskosten ist nur auf Basis eines einheitlichen Vertragswerkes in 2018 sichergestellt.“*

Der Geschäftsführer der Veolia Umweltservice Dual GmbH, Joachim Westphal, ergänzt: *„Jeglicher neu verhandelte Vertrag muss mit dem Kartellamt abgestimmt und durch dieses freigestellt werden.“*

*„Wir versuchen alles, um unseren Kunden Rechtssicherheit zu bieten, ein Metaclearing zwischen mehreren Clearingverträgen zu vermeiden und den inakzeptablen Mengenschwund abzustellen. Das kann nur in Form einer einheitlichen Lösung gelingen“*, so Dirk Staubach, Geschäftsführer Landbell GmbH.

Ein neuer Vertrag muss bis zum 31.12.2017 von allen zehn Systembetreibern unterschrieben sein. Alle drei Systeme setzen sich für die Fortsetzung der Verhandlungen zur Schaffung einer einheitlichen Clearinggrundlage für 2018 ein.

---